



Seilbahnen Schweiz
Remontées Mécaniques Suisses
Funivie Svizzere

Seilbahnen Schweiz
GV 2008 / Pontresina

*Es gilt das gesprochene
Wort.*

Die Seilbahnen bringen die Regionen in Schwung – Was braucht die Branche?

Dr. Peter Vollmer, Direktor Seilbahnen Schweiz

Geschätzte Mitglieder von Seilbahnen Schweiz
Werte Gäste
Meine Damen und Herren

Mit der Wahl des heutigen Tagungsthemas „Seilbahnen bringen Regionen in Schwung“ wollen wir die zentrale Funktion unserer Branche für die Entwicklung der Regionen unterstreichen. Die Wertschöpfungsstudien, die in den letzten Jahren über verschiedene Regionen unseres Landes gemacht wurden, bringen wissenschaftlich etwas an den Tag, was wir längst gewusst haben: Der Seilbahnwirtschaft kommt eine zentrale Rolle für die gesamte Entwicklung der verschiedenen Regionen zu. Dies wird im Winter besonders deutlich, denn ohne die Seilbahnen mit ihrem Schneesportangebot (das ja nicht nur den Transport, sondern auch den ganzen Pistenbetrieb gewährleistet) würde fast gar nichts mehr gehen.

An unsere Basisinfrastruktur knüpft die weitere Wertschöpfung unmittelbar an: die Hotellerie, die Gastronomie, die Sportgeschäfte, das lokale Gewerbe etc. Selbstverständlich sind auch wir auf diese weiteren Dienstleistungen angewiesen, denn letztlich wird die Gästezufriedenheit von der Gesamtheit der Dienstleistungsangebote an einem Ferienort bestimmt.

Unser Gastreferent Regierungsrat Hansjörg Trachsel wird dieses Thema vertiefen, und ich bin schon jetzt gespannt, wie er uns im Ranking gegenüber der Hotellerie einstuft. Oft kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass man sich in der Tourismuspolitik der zentralen Rolle der Seilbahnen nicht immer bewusst ist, nicht einmal in der lokalen Bevölkerung, deren Einkommen letztlich davon direkt oder indirekt abhängt.

Auch deshalb müssen wir diese Themen immer wieder in den Vordergrund stellen. Wir brauchen diese Verankerung nicht zuletzt deshalb, weil wir in vielen Bereichen direkt auf den Goodwill der Bevölkerung und auf eine konstruktive Einstellung der Behörden angewiesen sind. Natürlich erreichen wir die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung auch damit, dass wir gute Produkte verkaufen. Doch bei denjenigen, die unsere Anlagen nicht selber nutzen, braucht es eben mehr. Auch bei den Aufsichts- und Bewilligungsbehörden fehlt es nicht selten an der Problemnähe.

Warum sage ich das alles?

Es ist ganz einfach: Als Seilbahnbranche brauchen wir akzeptable Rahmenbedingungen sowie Behörden und Partner, die sich darüber Rechenschaft geben, welche Folgen ihr Handeln bei den Unternehmungen haben können. Allein eine – vielleicht unabsichtliche – zeitliche Verschleppung eines Bewilligungsverfahrens um wenige Wochen kann in den alpinen Zonen ein Bauprojekt um ein ganzes Jahr verzögern. Und dies kann wirtschaftlich existentielle Auswirkungen haben.

Wir stehen in einem harten Wettbewerb – nicht so sehr untereinander, als vielmehr einerseits mit unseren Nachbarländern und andererseits mit dem breiten Freizeitangebot in einer sich stark verändernden Freizeitgesellschaft.

Wenn wir von guten Rahmenbedingungen sprechen, fordern wir nicht einen Freipass für rücksichtsloses Vorgehen. Dies sei insbesondere in Bezug auf die Umweltfragen unterstrichen. Wenn ich die Bemühungen der Branche in diesem Bereich Revue passieren lasse, sehe ich, dass hier enorm viel getan wurde.



Diese Bemühungen reichen von der von uns selber initiierten Umweltbaubegleitung über energetisch immer sparsamere Einsätze im Bereich der Schneesportabfahrten bis zu den auch von uns befürworteten Vorgaben zur Beseitigung nicht mehr im Betrieb stehender Anlagen. Denn wir wissen nur zu gut, dass eine intakte Natur- und Kulturlandschaft letztlich unser wichtigstes Tourismuskapital ist. Indem wir unseren Gästen die grossartigen Erlebnisse in unserer Alpenwelt ermöglichen, leisten wir den grössten Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Natur und Umwelt.

Umso mehr ärgern wir uns, wenn – erlauben Sie mir den harten und auch etwas polemischen Ausdruck – im Umweltbereich an Bundesbern-Schreibtischen Verordnungen konzipiert werden, die unsere Arbeit massiv behindern, indem sie zu Verzögerungen führen und zusätzliche Gutachter-Kosten verursachen, ohne positive Auswirkungen auf die Natur selber zu erzeugen.

Zwei Beispiele:

Eine neue sog. Trockenwiesenverordnung wurde im Bundesamt für Umwelt (bafu) so konzipiert, dass ein nicht geringer Teil unserer Anlagen in den nächsten Jahren enorm behindert würde, obwohl nicht etwa unsere Anlagen in diesem Bereich die Probleme verursachen, sondern – sogar gemäss Aussagen des bafu – die landwirtschaftliche Nutzung.

Als zweites Beispiel erwähne ich die vor der Verabschiedung stehende Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verordnung (UVPV). Auch da sind wir mit einem Vorschlag konfrontiert, der sich in unserem Bereich nicht an der Sache – also der Umweltverträglichkeit – orientiert, sondern daran, ob eine Anlage bundeskonzessioniert oder kantonal bewilligt ist. Dazu wurde in einer Amtsstelle plötzlich noch beschlossen, es sollten auch alle laufenden Verfahren den neuen Bestimmungen unterstellt werden, also sozusagen eine rückwirkende Anwendung der Verordnung.

Doch damit nicht genug: Das Bundesamt für Verkehr (BAV) wollte in vorauseilendem Gehorsam in einem Verfahren diese neuen Bestimmungen anwenden und forderte gar in einem Plangenehmigungsverfahren die zusätzliche UVP ein, obwohl diese Verordnung noch gar nicht die Hürden des Departements, geschweige denn des Bundesrates genommen hat. Zumindest dies konnten wir verhindern. Dank unserer Intervention wurden die vorgesehenen, rechtsstaatlich fragwürdigen Übergangsregelungen im Entwurf gestrichen.

Was unseren Hauptkritikpunkt betrifft, bleibt die Sache momentan noch hängig; sie soll möglicherweise schon morgen Freitag oder in den nächsten Wochen entschieden werden.

Was ist daraus abzuleiten?

Es ist unerträglich, immer wieder feststellen zu müssen, dass man unserer Branche zwar eine zentrale regional- und tourismuspolitische Aufgabe zuordnet, aber gleichzeitig durch unverständliches Behördenhandeln die Existenz von Unternehmen immer wieder gefährdet.

Wir verfügen heute über anderthalb Jahre Erfahrung mit der Umsetzung des neuen Seilbahngesetzes. Ich habe mir lange überlegt, ob hier der Ort nicht zu öffentlich ist, um eine Bilanz zu ziehen. Einen wichtigen Partner – wie es das BAV für uns darstellt – sollte man nie unnötig an den Pranger stellen. Wir und vor allem unsere Mitglieder müssen ja auch in Zukunft mit diesen Stellen zusammenarbeiten. Es ist in diesem Kräftespiel von Abhängigkeiten jedoch unsere Aufgabe, die Dinge beim Namen zu nennen.

Was meine ich damit?

Mit dem neuen Gesetz haben wir unsere Anliegen weitestgehend erfüllen können. Doch bereits beim Erlass der Verordnung mussten wir feststellen, dass nicht alle Verwaltungsteile bereit waren, die – teilweise gegen ihren Willen gefällten – Entscheide des Gesetzgebers so ohne weiteres zu akzeptieren. Das konnte dann doch noch korrigiert werden.

Jetzt müssen die „zweifachen Verlierer“ das neue Recht umsetzen. In vielen Fällen hat dies zwar problemlos funktioniert, doch in einigen zentralen Fragen begegnen wir einem hartnäckigen Widerstand, der sich unter anderem darin äussert, dass man mit den neu vorgesehenen Audits die alte Konzeption wieder einführt.



Inakzeptabel sind auch unsere Erfahrungen im Nachgang des tragischen Seilbahnunglücks im letzten Januar im Berner Oberland. Die betroffene Unternehmung hat in Sachen menschlicher Bewältigung gegenüber den Angehörigen ebenso hervorragende Arbeit geleistet wie sie bezüglich der betrieblichen Konsequenzen klar und nachvollziehbar gehandelt hat. Die aufgrund der Unfalluntersuchungsverordnung mit der Ursachenermittlung betraute Unfalluntersuchungsstelle Seilbahnen und Schiffe (UUS) machte demgegenüber einen – um es höflich auszudrücken – weniger professionellen Eindruck.

Klar muss sein: Wenn schon die UUS aufgrund der Erkenntnisse vor Ort keine Sofortmassnahmen als Empfehlung an die Aufsichtsbehörden für andere Bahnen vorsieht, wie ihr dies rechtlich zustünde, kann es nicht angehen, dass die Aufsichtsbehörde noch vor dem Schlussergebnis der Unfalluntersuchung in eine Hektik verfällt und vorsorglich möglichst viele Anordnungen bei anderen Bahnen durchsetzen will.

Interessanterweise sind wir in all den damit aufgeworfenen Konfliktpunkten völlig mit den Herstellern, aber auch mit dem Interkantonalen Konkordat für Seilbahnen und Skilifte (IKSS) einig. Auch in unseren Kontakten auf internationaler Ebene mit anderen Aufsichtsbehörden stellen wir fest, dass wir mit unseren Positionen alles andere als auf Abwegen sind. Dies unterstreichen wir auch mit unserem Mitarbeiter für die technische Beratung, der selber über Berufserfahrung beim BAV verfügt. Das Ziel dieser Ausführungen ist es nicht, das BAV pauschal auf die Anklagebank zu setzen, denn wir arbeiten in vielen Bereichen und mit vielen Chefs und Mitarbeitern gut und konstruktiv zusammen.

Die heutige Botschaft ist sozusagen ein dringender Aufruf. Wir haben kein Interesse, das BAV zu schwächen, wir möchten es sogar stärken, denn nur selbstbewusste Verantwortliche sind auch bereit Entscheide zu fällen und Risiken einzugehen. Denn der schlimmste Zustand wären Aufsichtsbehörden, deren Handeln vor allem die eigene Absicherung anstatt die vernünftige Sicherheit der Anlagen im Auge hat.

Wenn wir von den Rahmenbedingungen sprechen, können wir eine zunehmende Zahl von Schnittstellen nennen, die unmittelbar unsere Tätigkeiten beeinflussen:

- neue Rechtsgrundlagen im Bereich der sog. Bahnreform, die auch im Seilbahnbereich Anwendung findet;
 - Entwicklungen bei der Strommarktliberalisierung;
 - ein im Geltungsbereich immer noch nicht definitiv geklärtes Risikosportartengesetz;
 - Revisionsabsichten beim Arbeitszeitgesetz;
 - Präventionskampagnen von Suva und bfu;
 - Interventionen der Wettbewerbskommission bezüglich der Zusammenarbeit mit Skischulen;
 - tourismuspolitische Entscheide im seco;
 - verschiedene Elemente in der Steuerpolitik, sowohl was die Mehrwertsteuerrevision als auch was die Mineralölsteuerfrage bei den Pistenfahrzeugen betrifft
- usw.

Wir werden – immer im Rahmen unserer Ressourcen und der notwendigen Priorisierung – am Ball bleiben.

Als selbstbewusste Branche wollen wir nicht ins Klagen verfallen, sondern verschiedene Herausforderungen – ich denke etwa an die Klimafrage – als notwendige Treiber für Innovationen zur Zukunftssicherung annehmen.

Dies alles gelingt aber nur, wenn wir als gesamte Seilbahnwirtschaft – da schliesse ich insbesondere die Herstellerindustrie in allen Bereichen und sogar die Behörden mit ein – einen gemeinsamen Willen entwickeln. In diesem Sinne danke ich allen Mitgliedern, befreundeten Mitgliedern, Partnern und Behörden für die Zusammenarbeit.

Und: ein Direktor allein kann noch nichts bewegen, er braucht ein motiviertes Team. Der Dank geht darum auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Seilbahnen Schweiz.